

Modernes Personen- gesellschaftsrecht

Herausgegeben von
Michael Denga



MOHR SIEBECK

Modernes Personengesellschaftsrecht



Modernes Personengesellschaftsrecht

Herausgegeben von
Michael Denga

Mohr Siebeck

Michael Denga, geboren 1988; 2012 Erstes Juristisches Staatsexamen; 2012 und 2013 Master in Paris und London; 2014 Promotion (HU Berlin); 2016 Zweites Juristisches Staatsexamen; Rechtsanwalt in Berlin; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Deutsches, Europäisches und Internationales Privat- und Wirtschaftsrecht (HU Berlin); 2022 Habilitation; 2022–25 Lehrstuhlvertreter an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Privatdozent an der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin; seit 2025 Inhaber des Lehrstuhls für Bürgerliches Recht und Wirtschaftsrecht an der BSP Business & Law School Berlin.
<https://orcid.org/0000-0003-1880-8385>



Die Veröffentlichung wurde gefördert aus dem Open-Access-Publikationsfonds der Humboldt-Universität zu Berlin sowie durch Publikationsbeihilfen der BSP Business & Law School Berlin und der Deutschen Notarrechtlichen Vereinigung.

ISBN 978-3-16-163706-3 / eISBN 978-3-16-163707-0
DOI 10.1628/978-3-16-163707-0

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <https://dnb.dnb.de> abrufbar.

Publiziert von Mohr Siebeck Tübingen 2025

© Michael Denga (Hg.); Beiträge: jeweiliger Autor/jeweilige Autorin.



Dieses Werk ist lizenziert unter der Lizenz „Creative Commons Namensnennung 4.0 International“ (CC BY 4.0). Eine vollständige Version des Lizenztextes findet sich unter: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>.

Jede Verwendung, die nicht von der oben genannten Lizenz umfasst ist, ist ohne Zustimmung der jeweiligen Urheber unzulässig und strafbar. Das Recht einer Nutzung der Inhalte dieses Werkes zum Zwecke des Text- und Data-Mining im Sinne von § 44b UrhG bleibt ausdrücklich vorbehalten.

Gedruckt auf alterungsbeständiges Papier. Satz: Laupp und Göbel, Gomaringen.

Mohr Siebeck GmbH & Co. KG, Wilhelmstraße 18, 72074 Tübingen, Deutschland
www.mohrsiebeck.com, info@mohrsiebeck.com

Vorwort

Am 1. Januar 2024 wurde das Recht von GbR, OHG sowie KG erneuert. Das Gesetz zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts (MoPeG) hat eine Reihe zwingend zu berücksichtigender sowie auch dispositiver Regeln eingeführt, denen Gründer, Gesellschafter und ihre Geschäftspartner Rechnung tragen müssen. Zentral war neben einer Konsolidierung der Rechtsfähigkeit der GbR mit Einrichtung eines Gesellschaftsregisters auch die Einführung eines Beschlussanfechtungsrechts in der OHG, sowie die Scharfstellung des Modells der Kommanditistenhaftung. Zudem sind die Personenhandelsgesellschaften nun auch den freien Berufen geöffnet.

Die Entwicklung des Rechtsgebiets findet damit allerdings lediglich einen einstweiligen Abschluss. Längst wirken etwa die Phänomene der Digitalisierung und Internationalisierung auf die Praxis der Personengesellschaften. Neben Krypto-Gesellschaften fordern insbesondere etwa die Beteiligungsgesellschaften aus dem Startup-Bereich, sowie die international privatrechtliche Behandlung grenzüberschreitend mobiler Personengesellschaften das Recht der Personengesellschaften heraus.

Dieser Band möchte die Grundstrukturen des Personengesellschaftsrechts auf Hintergrund der dynamischen Entwicklungen fundiert und praxisnah darlegen. Neben einer verlässlichen dogmatischen Einordnung stehen in jedem Kapitel die drängenden Zukunftsherausforderungen des Personengesellschaftsrechts im Fokus. So weisen die AutorInnen auf nach dem MoPeG weiterhin bestehende Systemlücken und daraus folgenden rechtspolitischen sowie kautelarjurisprudentiellen Handlungsbedarf hin. Insgesamt soll der Band einen Beitrag zu einem nicht lediglich reaktiv-modernisiertern Personengesellschaftsrecht geben, sondern auch die bestehenden Strukturen am Anspruch der Rechtsanwender prüfen. Grundlage hierfür ist ein klar dogmatischer Ansatz, der jedoch durch eine ökonomische und historische Perspektive sowie Länderberichte der Schweiz und Österreichs erweitert wird. Diese Aufgabe bewältigt eine Autorenschaft, die sich aus renommierten JuristInnen aus Praxis und Wissenschaft zusammensetzt und der mein herzlicher Dank für die auf viele Weisen weiterführenden Beiträge gebührt.

Dank gilt auch meinem Lehrstuhl bei der Unterstützung in der organisatorischen Durchführung des Projekts, namentlich Herrn Justus Jungblut, und meinem Doktoranden, Herrn Leander Brandt, für umfassende Rechercharbeiten. Ohne die wohlwollende Förderung durch den Publikationsfonds der Humboldt-Universität zu Berlin, sowie die großzügigen Publikationsbeihilfen der BSP Business & Law School Berlin und der Deutschen Notarrechtlichen Vereinigung wäre die Veröffentlichung im Open Access nicht möglich gewesen – möge sie der Verbreitung der Thesen dieses Bandes zu Gute kommen.

Berlin, im August 2025

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
I. Ordnungsperspektiven	1
<i>Michael Denga</i> System und Dogmatik des Personengesellschaftsrechts	3
<i>Peter Zickgraf</i> Ökonomische Analyse der Personengesellschaft	19
<i>Christoph Schmetterer</i> Historische Entwicklung der Personengesellschaften	59
II. Lebenszyklus der Personengesellschaft	87
<i>Max Ehrl</i> Gesellschaftsvertrag	89
<i>Jan Lieder, Martin Leclerc Bialluch</i> Das Gesellschaftsvermögen	115
<i>David Markworth</i> Das MoPeG und die personengesellschaftliche Treuepflicht	139
<i>Lukas Böffel</i> Gesellschafterbeschlüsse	159
<i>Torsten Kindt, Moritz Renner</i> Innengesellschaften	195
<i>Nadja Gräfin Wolffskeel von Reichenberg</i> Gesellschafterwechsel	211

Rafael Harnos

Organisationsverfassung zwischen Geschäftsführung, Vertretung, Grundlagengeschäften und Selbstorganschaft	235
--	-----

Alexander Hellgardt

Haftung	285
-------------------	-----

Christoph Aumann

Die Beendigung der Gesellschaft bürgerlichen Rechts	311
---	-----

III. Spezialmaterien eines modernen Personengesellschaftsrechts 331

Michael Denga

Das Sonderrecht der Publikumspersonengesellschaften	333
---	-----

Peter Möllmann

Personengesellschaften im Bereich Private Equity und Venture Capital	363
--	-----

Wolfgang Weitnauer

Mitarbeiterbeteiligungsgesellschaften im Kontext alternativer Gestaltungsformen	387
---	-----

Philipp Maume

Krypto-Personengesellschaften	407
---	-----

Hannes Henke

Urhebergemeinschaften	429
---------------------------------	-----

Herbert Zech, Lisa Marksches, Antonia Bass

Datenverwertungsgesellschaften	451
--	-----

Felix Wobst

Das Wohnungseigentumsrecht als Teil des Gesellschaftsrechts	465
---	-----

Jennifer Trinks

Partnerschaftsgesellschaft	473
--------------------------------------	-----

IV. Begleitende Themen	495
<i>Ralf Knaier</i>	
Registerrecht	497
<i>David Haubner</i>	
Besteuerung der Personengesellschaften	525
<i>Daniel Otte, Carsten Schier</i>	
Zivilprozess und Zwangsvollstreckung	537
<i>Jannik Weitbrecht</i>	
Insolvenz- und Restrukturierungsrecht – „Ausscheiden oder Auflösung“ bei Gesellschafterinsolvenz	563
V. Internationales	573
<i>Michael F. Müller-Berg, Susanne Lilian Gössl</i>	
Internationales Personengesellschaftsrecht	575
<i>Paula Blank</i>	
Dynamik und Entwicklungen im schweizerischen Personengesellschaftsrecht?	615
<i>Paul Schörghofer, Julia Told, Keyvan Rastegar</i>	
Personengesellschaftsrecht Österreichs	633
Autorenverzeichnis	659
Sachverzeichnis	661

I. Ordnungsperspektiven

System und Dogmatik des Personengesellschaftsrechts

Michael Denga

I.	Personengesellschaftsrecht als besonderes Gesellschaftsrecht	3
II.	Dogmatik der Personengesellschaften	5
	1. Gesetzlicher Rahmen	5
	2. Spezifika der Personengesellschaften	9
III.	Freiheit im Zwang als Form der Moderne	17

I. Personengesellschaftsrecht als besonderes Gesellschaftsrecht

Das Gesellschaftsrecht bildet eine rechtliche Struktur zur gemeinschaftlichen Zweckverfolgung,¹ an die sich sowohl kleine Personengemeinschaften als auch große Konzerne halten können und in wesentlichen Teilen auch halten müssen. Die hybride Struktur aus zwingenden und dispositiven Regeln gewährleistet nicht nur die effiziente Organisation gemeinsamer Vorhaben der Gesellschafter,² sondern auch den Ausgleich mit Interessen von Handelspartnern, Gläubigern, Mitarbeitern und sonstigen Stakeholdern.³ Neben die organisatorische Komponente treten als Motive gesellschaftsrechtlicher Verfassung zunehmend auch solche der Separation von Rechten und Pflichten, zum einen um Haftungsabschirmung zu bewirken, zum anderen um das unternehmerische Engagement zum Vermögensrecht in Form der Mitgliedschaft zu destillieren.⁴

Trotz dieser verallgemeinerungsfähigen Ziele ist das Gesellschaftsrecht bekanntermaßen nicht in einem einheitlichen Korpus enthalten, sondern vielmehr in unterschiedlichen Gesetzen, welche in ganzheitlicher Perspektive eines Unternehmensrechts insbesondere noch das Handels-, Kapitalmarkt-, Versicherungs-, Arbeits- und Insolvenzrecht umfassen.⁵ Dabei fehlt

¹ S. nur *Wiedemann*, Gesellschaftsrecht I, 1980, 3, 13 ff., 16.

² Zur rechtsökonomischen Betrachtung des Personengesellschaftsrechts vgl. in diesem Band den Beitrag von *Zickgraf*.

³ Zu dieser Globalbetrachtung nur *Kraakman u. a.*, *Anatomy of Corporate Law*, 2017; angelegt auch bei *K. Schmidt*, Gesellschaftsrecht, 2002, 15 ff.; s. auch im Kontext der Methodenfrage *Habersack*, in FS Canaris 2017, 813; insbesondere zur Verbindung von Unternehmensrecht und Nachhaltigkeit *Mittwoch*, Nachhaltigkeit und Unternehmensrecht, 2022, 109–118.

⁴ Vgl. nur *Habersack*, Die Mitgliedschaft – subjektives und „sonstiges“ Recht, 1996, 106 (und passim); zur insbesondere für Startups prägenden Exit-Logik vermittelt gesellschaftsrechtlicher Beteiligungen vgl. m. w. N. *Denga*, ZGR 2021, 725 (728–733).

⁵ *K. Schmidt*, Handelsrecht, 6. Aufl. 2014, § 3 und passim.

insbesondere ein geschriebener allgemeiner Teil zu den Grundregeln und Prinzipien des Gesellschaftsrechts.⁶

Von Interesse in diesem Band ist die Eigenheit des Personengesellschaftsrechts⁷, als besondere Teilmenge des Gesellschaftsrechts. Dieser Beitrag soll als Grundlage für die verschiedenen Fortentwicklungsperspektiven die Personengesellschaften in das dogmatische System des Gesellschaftsrechts einordnen und dabei insbesondere mit den Regeln für Körperschaften kontrastieren.⁸ Mit der Untersuchung von Themen, die von allgemeiner Bedeutung für Gesellschaften erscheinen, soll ein Urteil darüber erleichtert werden, ob die gesonderte Behandlung der Materie Personengesellschaftsrecht weiterhin gerechtfertigt ist, die doch vom MoPeG wie selbstverständlich vorausgesetzt wurde.⁹ Dies ist eine dogmatische Übung, die letztendlich dazu dient, auch die Fortentwicklung des Personengesellschaftsrechts in bewährten Bahnen zu halten und die Rechtsfindung im Normengefüge des Gesellschaftsrechts weiterhin einem rationalen Prozess zu unterwerfen.¹⁰

Die Betrachtung ist dabei überwiegend national, da sich der europäische Gesetzgeber weitestgehend aus der Materie des Personengesellschaftsrechts zurückgehalten hat. So betreffen wesentliche Harmonisierungsrechtsakte vor allem Kapitalgesellschaften,¹¹ wenngleich natürlich auch Personengesellschaften von den Grundfreiheiten des Binnenmarktes, namentlich von der Niederlassungsfreiheit, profitieren.¹²

⁶ Vgl. nur *Windbichler/Bachmann*, Gesellschaftsrecht, 25. Aufl. 2024, § 1, Rn. 47; s. jedoch die allgemeinen Themen bei *K. Schmidt*, Gesellschaftsrecht, 4. Aufl. 2002, Erster Teil, 3–654 sowie die w.N. hier unter II. 1. b).

⁷ Der Begriff ist im Wortsinn wenig aussagekräftig, hat sich aber im Diskurs etabliert und erlangt dadurch einen Kontextualen Gehalt, vgl. *Hadding*, Zur Systematik von Strukturelementen deutscher Gesellschaftsformen, FZ 1934/1935, 158f.

⁸ Diese Gegenüberstellung ist inzwischen ganz herrschend, vgl. (m. w. N.) *K. Schmidt*, Gesellschaftsrecht, 4. Aufl., 2002, S. 46; *Windbichler/Bachmann*, Gesellschaftsrecht, 25. Aufl. 2024, § 2; zur alternativen Gegenüberstellung auch (der tief in den Nationalsozialismus verstrickte) *Würdinger*, Gesellschaften, 1. Teil: Recht der Personalgesellschaften, 1937; 2. Teil: Recht der Kapitalgesellschaften, 1943. Hier wird nicht verkannt, dass *Würdinger* noch von *Personalgesellschaften* spricht, was in diesem Beitrag noch aufgegriffen wird (II. 2. b)). Krit. zu den Oberbegriffen und für ein (sehr komplexes) System mit „sieben polaren Einteilungen“ (S. 176), *Hadding*, Zur Systematik von Strukturelementen deutscher Gesellschaftsformen, FZ 1934/1935, 15. Zur inzwischen überholten, für die heute h. M. freilich wegbereitenden, Gegenüberstellung von Gesamthand und juristischer Person *Flume*, Die Personengesellschaft, 1977, § 7.

⁹ Den lediglich pointillistischen Regelungsansatz spiegelt die Beschreibung von „Problem und Ziel“ der Gesetzesbegründung wieder, BT Drucksache 19/27635, S. 1 f.; zur historischen Trennung zwischen Universitas und Societas vgl. in diesem Band den Beitrag von *Schmetterer*.

¹⁰ Zur Bedeutung der Gesellschaftsrechtsdogmatik etwa *Hadding*, Zur Systematik von Strukturelementen deutscher Gesellschaftsformen, FZ 1934/1935, 147 f.; zur Funktion von Dogmatik allgemein, vgl. *Wagner*, in: Dreier (Hrsg.), Rechtswissenschaft als Beruf, 2018, 69 ff.

¹¹ Dazu *Grundmann*, Europäisches Gesellschaftsrecht (i. E.); *Windbichler/Bachmann*, Gesellschaftsrecht, 25. Aufl. 2024, § 1, Rn. 36.

¹² Vgl. in diesem Band den Beitrag von *Gössl/Müller-Berg*.

II. Dogmatik der Personengesellschaften

1. Gesetzlicher Rahmen

a) Angebot personengesellschaftlicher Rechtsformen und Gestaltungsfreiheit

Zunächst ist der Betrachtungsgegenstand scharf zu stellen. Das deutsche Recht kennt als Arten von Personengesellschaften die GbR gem. §§ 705–740c BGB, die OHG gem. §§ 105–160 HGB, die KG gem. §§ 161–179 HGB, die stille Gesellschaft gem. §§ 230–236 HGB und die für freiberufliche Tätigkeiten relevante PartG gem. § 1 I PartGG.¹³ Der Vollständigkeit halber ist außerdem noch die europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV) zu nennen,¹⁴ zudem auch der Sonderfall der WEG, die freilich inzwischen als Mischform zwischen Körperschaft und Personengesellschaft betrachtet wird.¹⁵

Die wesentliche Unterscheidung, die innerhalb dieser Gruppe von Rechtsformen zu treffen ist, betrifft deren Rechtsfähigkeit, die § 14 Abs. 2 BGB als Fähigkeit einer Personengesellschaft definiert, „Rechte zu erwerben und Verbindlichkeiten einzugehen“, ohne jedoch die Voraussetzungen der Rechtsfähigkeit zu nennen.¹⁶ Diese sind vielmehr innerhalb der einzelnen Rechtsformen zu bestimmen.¹⁷ Während § 105 Abs. 2 HGB die Rechtsfähigkeit der OHG (und vermittels § 161 Abs. 2 HGB auch der KG) pauschal anordnet, wenn der gemeinsam verfolgte „Zweck auf den Betrieb eines Handelsgewerbes unter gemeinschaftlicher Firma gerichtet ist“, überläßt es § 705 Abs. 2 BGB dem Rechtsanwender im Einzelfall zu ermitteln, ob die Gesellschaft „nach dem gemeinsamen Willen der Gesellschafter am Rechtsverkehr teilnehmen soll“ oder lediglich „den Gesellschaftern zur Ausgestaltung ihres Rechtsverhältnisses untereinander“ dient.¹⁸ Im letzteren Fall handelt es sich bei der (Innen-)Gesellschaft lediglich um ein schuldrechtliches Konstrukt zwischen mindestens zwei Gesellschaftern zur Organisation ihres Innenverhältnisses.¹⁹ Für die stille Gesellschaft ist eben dies prägend.²⁰

Das vorzufindende Formangebot an Personengesellschaften ist abschließend, insoweit als der anerkannte *nummerus clausus* des Gesellschaftsrechts die Arten der Personengesellschaften auf die vom Gesetzgeber anerkannten beschränkt,²¹ dies insbesondere um Vorhersehbarkeit

¹³ Vgl. *Windbichler/Bachmann*, Gesellschaftsrecht, § 4, Rn. 1; *Müller*, in *MüAPersG*, § 1, Rn. 5; vgl. auch den Beitrag in diesem Band von *Trinks*.

¹⁴ Dazu an dieser Stelle nur der Überblick von *Wertenbruch* in *Westermann/Wertenbruch* (Hrsg.), *Handbuch Personengesellschaften*, 90. Lieferung, 7/2024, § 1 VI. Rn. 12 ff.

¹⁵ Vgl. dazu in diesem Band den Beitrag von *Wobst*.

¹⁶ Zum deklaratorischen Charakter der Norm vgl. *Windbichler/Bachmann*, Gesellschaftsrecht, § 2, Rn. 13.

¹⁷ Dazu *Bauermeister/Grobe*, ZGR 2022, 733.

¹⁸ Hilfreich ist dabei die widerlegliche Vermutung aus § 705 Abs. 3 BGB; zur Definition der Außen-GbR als Konstruktionsproblem vgl. *Denga*, ZfPW 2021, 73; *Kindler*, ZfPW 2022, 409 (417).

¹⁹ *Bauermeister/Grobe*, ZGR 2022, 733; *Windbichler/Bachmann*, Gesellschaftsrecht, § 2 Rn. 37.

²⁰ „Sonderform der Innengesellschaft“ nach *Schäfer*, Gesellschaftsrecht, 2023, § 27 Rn. 1.

²¹ Dazu *Fleischer*, ZHR 168, 2004, 673, 678; *ders.* ZGR 2023, 261, 262; *Windbichler/Bachmann*, Gesellschaftsrecht, § 1, Rn. 18.

und Vertrauensschutz im Rechtsverkehr zu gewährleisten.²² Die Privatautonomie der Organisationsinteressenten bleibt jedoch durch Kombinationsmöglichkeiten im Rahmen des Typenzwangs gewahrt,²³ vor allen Dingen jedoch durch den Umstand, dass weite Teile des Personengesellschaftsrechts dispositiv sind und die Regelungsthemen im Gesellschaftsvertrag alternativ gelöst werden können. Dies betrifft insbesondere die Organisationsfreiheit im Innenverhältnis,²⁴ jedoch durchaus auch das Außenverhältnis, wie etwa die Gestaltungsmöglichkeiten hinsichtlich der Vertretung zeigen.²⁵

Bei einer Betrachtung der Grundstrukturen des Personengesellschaftsrechts darf indes das Sonderrecht der Publikumsgesellschaften nicht vernachlässigt werden, die als Publikums-KG oder stille Gesellschaft überwiegend zu Anlagezwecken aufgesetzt werden und welches für sog. Investmentgesellschaften durch das KAGB zusätzlich überformt wird und den Anlegerschutz sicherstellen soll.²⁶

b) Die Idee eines personengesellschaftlichen „Baukastens“

Verbindendes Merkmal der gesetzgeberisch definierten Typen von Personengesellschaften ist die Idee eines „Baukastens“, der von einer Grundordnung ausgeht und diese dann modular um spezifische Elemente erweitert. Grundstufe dieses Modells ist die GbR,²⁷ auf welche nach § 105 Abs. 3 HGB die OHG aufsetzt, die wiederum nach § 161 Abs. 2 HGB der KG als Zwischenstufe dient. Auch § 1 Abs. 4 PartG referenziert für die allgemeinen Regelungen auf das Recht der GbR,²⁸ welche wiederum selbst als vertragliches Verhältnis des zweiten Buchs und achten Abschnitts des BGB auf den Regeln des allgemeinen Schuldrechts und allgemeinen Teils aufsetzt.²⁹ Das Verhältnis der Ordnungen ist jenes der *lex generalis* zur *lex specialis*,³⁰ die Verweistchnik auf die jeweils nachgeordnete Ordnung erlaubt die Vermeidung von Redundanzen³¹ – ganz wie der allgemeine Teil einer Kodifikation.³²

Diese regulierungsästhetisch sehr ansprechende systematische Geschlossenheit ist bei näherer Betrachtung jedoch brüchig. Zunächst sei hier auf die historische Irritation des GbR-Rechts

²² Vgl. etwa Müller, in MüAPersG, § 1, Rn. 1, 5.; für ein Denken in Spektren und Kontinuen allerdings zuletzt Wilhelm, Modulares Organisationsrecht, 2023, 471 ff.

²³ Vgl. etwa Müller, in MüAPersG, § 1, Rn. 1.

²⁴ Dazu ausführlich unter B. II. 2.

²⁵ Dazu ausführlich in diesem Band der Beitrag von Harnos.

²⁶ Dazu ausführlich in diesem Band der Beitrag von Denga, Das Sonderrecht der Publikumspersonengesellschaften; sowie den Beitrag von Möllmann, Einsatz von Personengesellschaften im Venture Capital und Private Equity.

²⁷ K. Schmidt ZHR 177, 2013, 712, 723); „die GbR als Mutter aller Personengesellschaften“; s. ferner Lieder ZGR Sonderheft 23, 2021, 169, 171; M. Noack DB 2020, 2618.

²⁸ Zur PartG vgl. den Beitrag in diesem Band von Trinks.

²⁹ Zur Anwendung des allgemeinen Privatrechts auf Personengesellschaften vgl. K. Schmidt, Gesellschaftsrecht, § 1, II., 2, 11 ff.; Flume, Personengesellschaft, § 2.

³⁰ Vgl. etwa Sanders/Berisha/Bühning/Reinold, JURA 2023, 1267, 1268; Noack, MDR 2021, 1425, 1426; Hübner, JURA 2017, 257; nicht explizit das Wort „lex generalis“, aber als Grundform: Henssler, in Henssler/Strohn 2024, HGB § 105 Rn. 2a.

³¹ Noack, ZGR 2020, 90, 93; Windbichler/Bachmann, Gesellschaftsrecht, § 4, Rn. 4.

³² „Ausklammerungsmethode“, siehe etwa Brox/Walker, BGB AT, 2024, § 2 Rn. 19.

durch jenes der OHG hingewiesen. In seiner bahnbrechenden Entscheidung zur „ARGE Weißes Roß“³³ hat der BGH bekanntermaßen nicht allein in Anschluss an die Gruppenlehre *Flumes* in Abkehr von einer rein vertragsrechtlichen Betrachtung³⁴ die Rechts- und Parteifähigkeit der Außen-GbR als *Organisation* anerkannt, sondern auch gleich das Haftungsmodell der OHG aus den §§ 124, 128 HGB auf die GbR übertragen – als Korrelat zur Rechtsfähigkeit der Außen-GbR müssen die Gesellschafter auch persönlich und akzessorisch für Gesellschaftsverbindlichkeiten haften. Mag dies rechtsökonomisch und unter Verkehrsschutzgesichtspunkten sehr plausibel erscheinen,³⁵ war die Lösung dogmatisch fragwürdig, wurde doch das Recht einer besonderen Ordnung (der OHG) auf das Recht der Grundordnung der Personengesellschaften (der GbR) angewandt.³⁶ Hier scheint die Validität des Ordnungssystems „Baukasten“ im Grundsatz erschüttert. Eine vergleichbare Umkehrung von Grund- und Sondersatz könnte nun hinsichtlich des neuen Beschlussmängelrechts der §§ 110 ff. HGB anstehen.³⁷

Eine zweite Irritation des personengesellschaftlichen Ordnungssystems folgt aus dem zu häufig vernachlässigten Umstand der körperschaftsrechtlichen Beeinflussung. So werden in bedeutsamen Fragen des Verbandslebens der Personengesellschaften wie selbstverständlich Regeln des Vereinsrechts herangezogen, obwohl doch der Verein gerade Urtypus der Körperschaft ist.³⁸ Wohl prominentestes Beispiel ist die Zurechnungsnorm von § 31 BGB, welche die Verbandshaftung für „zum Schadenersatz verpflichtende Handlungen“ ihrer Repräsentanten auslöst.³⁹ Der Rechtsgedanke von § 31 BGB wurde allerdings schon vor Inkrafttreten des BGB von der Rechtsprechung auch für Personenhandelsgesellschaften wie OHG und KG angenommen und angewandt,⁴⁰ woran dann auch nach 1900 schlicht weiterhin festgehalten wurde.⁴¹ Auch hier mag man rechtsökonomisch und unter Verkehrsschutzgesichtspunkten zustimmen,⁴² jedoch verbleibt auf systematischer Ebene durch die analoge Anwendung körperschaftlicher Vorschriften auf Personengesellschaften eine Irritation, welche den Gedanken eines separaten Personengesellschaftssystems in Frage stellt. Gleiches gilt im Übrigen für den Ausschluss des Stimmrechts gem. § 34 BGB,⁴³ den Schutz von Sonderrechten gem. § 35 BGB sowie die Berufung der Mitgliederversammlung im Verbandsinteresse gem. § 36 BGB.⁴⁴ Auch die Anwendung der

³³ BGHZ 146, 341.

³⁴ „Vom Vertrag zur Organisation“: Wiedemann, ZGR 1996, 286; Geibel, ZRP 2020, 137 (138): „Abnabelung vom Vertragscharakter des Gesellschaftsvertrags“; Fleischer, in ders. (Hrsg.), Personengesellschaften im Rechtsvergleich, 2021, § 1 Rn. 285: „Vom vertrags- zum organisationsrechtlichen Denken“; s. auch die umfassende Darstellung bei Wilhelm, Modulares Organisationsrecht, 85 ff.

³⁵ Dazu m. w. N. Denga, ZfPW 2021, 73 (94 ff.).

³⁶ Sehr kritisch dazu Canaris ZGR 2004, 69.

³⁷ Zu diesem vgl. in diesem Band den Beitrag von Böffel; weniger kritisch Bachmann, NZG 2020, 612, 613.

³⁸ Mansel, in Jauernig BGB 2023, § 21, Rn. 1; Leuschner, in MüKo BGB 2021, § 22, Rn. 1.

³⁹ Näher und m. w. N. Denga, Zurechnung, 2022, 85 ff.

⁴⁰ RGZ 15, 121, 123; 17, 91, 95.

⁴¹ BGH NJW 1973, 456; Mansel, in Jauernig BGB, § 31, Rn. 2.

⁴² Maßgeblich ist das Nutzen-Lasten-Paradigma der Arbeitsteilung, welches auch bei Personengesellschaften zutrifft, m. w. N. Denga, Zurechnung, 2022, 87 ff.; Leuschner, in MüKo BGB, § 31, Rn. 4f.

⁴³ Vgl. BGH AG 2007, 484 Rn. 13; OLG Stuttgart AG 2007, 873, 876 (Übertragung auf AG).

⁴⁴ Könen, in BeckOKG BGB, § 36 Rn. 4.

kapitalgesellschaftlichen *Business Judgement Rule* für die Vorstandsinnenhaftung auf die vertretungsbefugten Geschäftsführer in Personengesellschaften erscheint zwar sachgerecht,⁴⁵ indes als Herausforderung für ein in sich geschlossenes System des Personengesellschaftsrechts.

Die systematischen Irritationen können freilich aufgehoben werden, wenn in der analogen Anwendung körperschaftsrechtlicher Normen zugleich auch die Anwendung allgemeiner Rechtsgrundsätze gesehen wird, die in den körperschaftsrechtlichen Normen lediglich phänomenologisch erkennbar geronnen sind. Dieser methodische Zugriff ist jedenfalls derjenige, den der EuGH für allgemeine Rechtsprinzipien verfolgt.⁴⁶ Für ihn spricht normenhierarchische Kohärenz, die zudem die europäischen und verfassungsrechtlichen Vorgaben der Grundfreiheiten und Grundrechte für Gesellschaften absorbieren kann. Mit dem methodischen Zugriff von *Larenz* und *Canaris* ist hier die Herausbildung von Prinzipien des „inneren Systems“ zu erkennen.⁴⁷ Die Kodifikation eines Allgemeinen Teils des Gesellschaftsrechts erscheint mit der Annahme allgemeiner Rechtsgrundsätze des Gesellschaftsrechts⁴⁸ dann freilich eine nicht minder drängende Aufgabe – sowohl die demokratische Legitimation der Prinzipien als auch ihre Klarheit für die auf Rechtssicherheit angewiesenen Verbandsakteure und Interakteure gebieten diese Anstrengung, zumal im europäischen und internationalen Standortwettbewerb. Die Gesellschaftsrechtswissenschaft muss hier ihren Begleitauftrag ernst nehmen.⁴⁹

⁴⁵ Vgl. *Fischer*, Die Business Judgment Rule als typübergreifendes Institut, 2018, 224 (und passim); vgl. auch *Harnos*, Gerichtliche Kontrolldichte im Gesellschaftsrecht, 2021, 263 ff.

⁴⁶ Vgl. EuGH Rs. C-101/08; Besprechung von *Klöhn*, LMK 2009, 294692.

⁴⁷ Vgl. nur dies., Methodenlehre der Rechtswissenschaft, 3. Aufl. 1995, S. 263 ff.

⁴⁸ Ansätze gehen auf die Verbandstheorie von *Otto von Gierke* zurück, insbesondere angelegt in seiner Genossenschaftstheorie, 1887, und seinem Privatrecht I, 1895; *Würdingers* Gesellschaftsrecht von 1937 enthielt bereits eine Zusammenstellung allgemeiner Lehren des sich gerade emanzipierten Fachs; dazu *Fleischer*, in: Willoweit (Hrsg.), Rechtswissenschaft und Rechtsliteratur, 485 (491 f.); umfassend auch *Wiedemann*, Gesellschaftsrecht I, § 1 III 1 a aa, 37, § 1 IV 1 a, 71 f.; s. auch die Auflistung gesellschaftsrechtlicher Prinzipien bei *Bydlinski*, System und Prinzipien des Privatrechts, 1996, 469 ff.; zu nennen seien hier insbesondere die Treu- und Gleichbehandlungspflicht, Kernbereichslehre und Lehre vom Stammrecht, das Einstimmigkeitserfordernis für Grundlagengeschäfte, die *actio pro socio*, die Pflicht zur Einrichtung einer effektiven Compliance-Organisation, der Gehalt der §§ 31, 34, 35, 36 BGB, Wettbewerbsverbote der Gesellschafter sowie die Business Judgement Rule.

⁴⁹ Zur Kodifikation von Rechtsprechungslinien (m.w.N.), *Benz*, Symbiotische Gesellschaftsrechtsentwicklung, 2024, 228 ff.

Demnach bietet sich insgesamt folgende Normenordnung für das Personengesellschaftsrecht: (Grafik 1)

Grafik 1:

Investmentgesellschaften		
Publikumsgesellschaften		
KG	Stille Gesellschaft	PartG
OHG		
GbR		
„Allgemeines Gesellschaftsrecht“, mit Grundfreiheiten und Grundrechten		
Schuldrecht AT		
BGB AT		

2. Spezifika der Personengesellschaften

Gleich wie man die Konsistenz des personengesellschaftlichen Systems letztendlich beurteilen mag, es lassen sich doch innerhalb dieses Baukastens Elemente feststellen, welche nicht einer körperschaftlichen Überformung zugänglich sind, sondern vielmehr weiterhin *wesentliche*⁵⁰ Eigenheiten des Personengesellschaftsrechts darstellen und deren Beachtung für die Lösung unbekannter rechtlicher Fragestellungen leitend sein kann.⁵¹ Diese sollen im Folgenden systematisch im zusammenhängenden Überblick dargestellt werden. Es lassen sich drei Leitideen aufzeigen: die formfreie Gründung durch Vertragsschluss (a), das Primat der Organisationsfreiheit im Innenverhältnis (b) sowie der effektive Gläubigerschutz im Außenverhältnis (c).

a) Formfreie Gründung durch Vertragsschluss

Personengesellschaften entstehen ohne besondere Formvorgaben oder staatliche Mitwirkung im Einzelfall. Die GbR wird gem. § 705 I BGB bereits durch den Abschluss des Gesellschaftsvertrags errichtet, der nunmehr anerkanntermaßen eine Doppelnatur⁵² als Schuldverhältnis der Gesellschafter und organisationsrechtliches Institut aufweist.⁵³ Er ist als solcher⁵⁴ formfrei

⁵⁰ Das Argument wird bei der Unterscheidung von Personengesellschaften und Körperschaften zentral geführt, vgl. nur *Flume*, Personengesellschaft, § 1; zum „Wesen des Wesens“ jedoch *Scheuerle*, AcP 163 (1963), 429 – auch hier wird einer anatomischen Betrachtung der Rechtsinstitute gefolgt.

⁵¹ Vgl. zu dieser Interessenjurisprudenziellen Wertung, mit Referenzen auf Rudolf Reinhardt, *Hadding*, Zur Systematik von Strukturelementen deutscher Gesellschaftsformen, FZ 1934/1935, 147. Siehe zum Ganzen zuletzt auch *Wilhelm*, Modulares Organisationsrecht, 494 f.

⁵² Dazu bereits die Nachweise in Fn. 34.

⁵³ Vgl. nur *Wertenbruch* in Westermann/Wertenbruch (Hrsg.), Handbuch Personengesellschaften, 90. Lieferung, 7/2024, 2. Bürgerlich-rechtlicher Unterbau für alle Personengesellschaften Rn. 4.; zur Überschätzung der Abgrenzung von Gesellschaftsvertrag und Satzung vgl. nur *K. Schmidt*, Gesellschaftsrecht, 2002, 80 ff.

⁵⁴ Freilich mögen besondere Formerfordernisse wie insbesondere das von § 311b BGB „durchschlagen“.

und erfordert alleine die Festlegung des Dreiklangs von Parteien, Zweck und Beiträgen.⁵⁵ Eine Eipersonen-Personengesellschaft ist gerade wegen der vertraglichen Grundlage der Gesellschaft undenkbar.⁵⁶

Der gemeinsame Zweck der GbR kann jeder denkbare sein, solange er nicht auf den Betrieb eines Handelsgewerbes gem. § 1 HGB unter gemeinschaftlicher Firma abzielt, weil in solchen Fällen schon ex lege eine OHG entsteht, § 105 I HGB.⁵⁷ Für die Entstehung der GbR sind keine weiteren Formen oder Registereintragungen nötig,⁵⁸ insbesondere ist für die Rechtsfähigkeit gem. § 705 Abs. 2 BGB allein die willentliche Teilnahme am Rechtsverkehr erforderlich.⁵⁹ Auch die OHG kann ohne Registereintragung entstehen, wenn der Gesellschaftsvertrag durch Inbetriebnahme eines Handelsgewerbes in Gang gesetzt wird („Ist-OHG“), § 105 Abs. 1, 2 HGB.⁶⁰ Die Registereintragung ist für die Entstehung einer solchen „Ist-OHG“ zwar verpflichtend, § 106 Abs. 1 HGB, jedoch lediglich deklaratorischer Natur.⁶¹ Anders liegt es nur bei KG und PartG, die zwingend in das Handels- bzw. Partnerschaftsregister eingetragen werden müssen, um durch Publizität ihre besonderen Haftungsprivilegien zu rechtfertigen.⁶²

Damit stellt die Personengesellschaft Grundform und Keimzelle aller organisatorischen Zusammenschlüsse dar, gleich ob es sich um eine bloße Gelegenheitsgesellschaft handelt, oder um eine Vorgründungsgesellschaft, die in Vollzug weiterer Formalakte zu einer großen, körperschaftlich verfassten Konzernstruktur führt.⁶³ Personengesellschaften stabilisieren gerade durch diese Auffangfunktion als „Gelegenheitsgesellschaft“⁶⁴ in erheblichem Maße zweckbezogene Unternehmungen unter Beteiligung mehrerer, da ihre dispositive Binnenordnung, allerdings auch ihre Regeln zum Gläubiger- und Verkehrsschutz einen materiellen Interessenausgleich auch unter spontanen Umständen bieten.

⁵⁵ Vgl. Wertenbruch in Westermann/Wertenbruch, Handbuch Personengesellschaften, 90. Lieferung, 7/2024, § 2 VIII. Formfreiheit des Gesellschaftsvertrags Rn. 50.

⁵⁶ Windbichler/Bachmann, Gesellschaftsrecht, § 4 Rn. 12; für umfangreiche w.N. s. zuletzt Wilhelm, Modulares Organisationsrecht, 159 ff.

⁵⁷ Windbichler/Bachmann, Gesellschaftsrecht, § 6 Rn. 30; zum gemeinsamen Zweck als konstituierendes Element der Personengesellschaft, Flume, Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Rechts, Erster Band, Erster Teil, Die Personengesellschaft, 1977, § 2.

⁵⁸ Röß, NZG 2023, 401; nach Hadding ist die Registereintragung essentiell für die Qualifizierung als Juristische Person, Zur Systematik von Strukturelementen deutscher Gesellschaftsformen, FZ 1934/1935, 154.

⁵⁹ S. jedoch den Vorschlag von Röder, die Rechtsfähigkeit der GbR von der Registerfähigkeit abhängig zu machen, AcP 215, 2015, 451, 466; zum „Voreintragungserfordernis“ im neuen Gesellschaftsregister hier noch unter B. II. 3.

⁶⁰ Fleischer, in MüKo HGB, § 105, Rn. 39; Windbichler/Bachmann, Gesellschaftsrecht, § 14 Rn. 10.

⁶¹ Vgl. dazu Fleischer, in MüKo HGB, § 106 Rn. 51; zu diesem grdl. Unterschied s. auch Armbrüster/Böffel, Examinatorium zum Gesellschaftsrecht, 5. Aufl. 2023, S. 147 f., 165.

⁶² Zur Eintragungspflicht der KG vgl. von Selle, in Ebenroth/Boujong 2024, § 176 Rn. 1; zur Eintragungspflicht der PartG vgl. Schäfer, in MüKo BGB 2024, § 7 PartGG Rn. 1.

⁶³ Windbichler/Bachmann, Gesellschaftsrecht, § 14 Rn. 34; Lange, JURA 2015, 665, 666; monographisch Rittner, Die werdende juristische Person, 1973.

⁶⁴ Fleischer, ZIP 2024, 1501, 1510 f.; dazu m. w.N. Schäfer, in MüKo-BGB, 2024, Vor 705 Rn. 92; zur besonderen Relevanz dieser Funktion gerade in digitalen Sachverhalten wie etwa der DAO vgl. in diesem Band den Beitrag von Maume.

Sachverzeichnis

- Abberufung
 - Liquidator 93, 349
 - Österreich 655
 - Sondergeschäftsführer 551
 - Vertreter 344f.
- Abfindung 51 ff.
 - Gesellschaftsvertrag 134f.
 - Gesellschafterbeschluss 177
 - Kündigung 224 ff.
 - Höhe 228 ff.
 - Übertragung 212
- Abschlussrechnung 275 f.
 - Jahres- 220, 253, 347, 402
 - Österreich 636 f., 655
 - Prüfer 249; 272 f.
- Abspaltung 326
 - Verbot 110, 277, 403
- Abtretung 12, 213 f., 263, 551, 568
- Allgemeine Geschäftsbedingungen 337, 357, 389, 405, 417
 - Anlagebedingungen 361 f.
 - Haftung 298 f.
- Akzessorische Haftung 7, 13 ff., 123 f., 133, 285, 295 ff., 425, 457, 542, 559
- Änderung des Gesellschaftszwecks 95 ff., 262
- Anfechtung 297, 553
 - Beschluss- 156, 178 ff., 343, 391
 - Klage 183 ff., 404;
- Anlagegesellschaft 333 ff.
- Anwachsung 13, 82, 116, 135 f., 228, 312 ff., 320, 395, 397, 438, 530 f., 564, 614
- Auflösung 16, 54, 97, 563 ff.
 - Geschichte 62, 71 f., 79
- Auseinandersetzung 100, 146, 212, 225, 262, 304, 319, 328, 349, 564, 616, 639
 - Bilanz 324
 - Guthaben 228, 288,
- Ausscheiden eines Gesellschafters 216, 221 f., 228, 232 f., 312, 318, 565, 563 ff., 638, 646
 - Historie 82
 - Mitarbeiter 397
- Ausschluss eines Gesellschafters 54 f., 225, 248, 540
 - Klausel 567, 570 f.
- Außengesellschaft 198 ff., 289 ff., 420, 439, 446 f., 515, 538, 557, 581 ff., 629
 - Gesellschaftsvermögen 127, 134, 137 f.
 - Gesellschafterwechsel 216
 - Historie 63 f.
 - Österreich 640
- Berufshaftpflicht 14, 306, 487 ff.
- Beschlussmängel 7, 159 f., 174 ff., 548, 623
 - Recht 178 ff., 272
- Bilanzierung 114, 250 ff., 304, 308, 350, 390, 405, 510, 592
 - Beendigung 324
 - Besteuerung 527 ff.
 - Österreich 655
 - Pflicht 220
- Blockchain 203, 407 ff.
- Business Judgement Rule 8, 17, 258, 267, 351
- Cash Pooling 202
- Compliance 8, 415, 504
- Crowdfunding 99
- DAO (Decentralized Autonomous Organization) 203 ff., 408 ff.
- Datenintermediär 463
- Datenverwertungsgesellschaft 451 ff.
- Digitalisierung 114, 159, 410 ff., 429, 458 ff., 498 ff.,
- Dispositive Satzungsgestaltung 3, 10
 - Einstimmigkeitserfordernis 12; 16, 32
 - Geschäftsführung 43; 47 f., 93 ff., 102, 114, 124, 150, 200 ff., 216, 222 ff., 236, 286, 291, 340, 374, 444 ff., 469, 530, 535, 570, 626, 637, 645, 654, 656
- Einbringung 114, 201, 307, 334, 396, 442, 447, 625
- Einpersonengesellschaft 105
 - Österreich 634, 639, 652

- Eintragung 10, 14 ff., 90, 95 ff., 122, 126, 129 ff.,
183, 214 ff., 287, 294, 299 ff., 359, 375, 395, 417,
456 ff., 485 f., 497 ff., 541 ff., 576
- Geschichte 66, 70, 81
 - International 580, 601 ff., 609
 - Österreich 635, 651, 654
 - Schweiz 616, 626 f.
- Entziehung 132, 156, 249, 262, 341, 470
- Externe Geschäftsführung 279
- Familiengesellschaften 17, 101 f., 334,
Fehlerhafte Gesellschaft 15 f.
- Firmenfortführung 73, 220, 230, 316, 563, 566,
569 ff.
- Formfreiheit des Gesellschaftsvertrags 163, 338,
418, 499
- Fremdorganschaft 34, 42, 44 ff., 279 ff.
- Österreich 639
- Gelegenheitsgesellschaft 10, 64 ff., 77, 83, 92, 102,
116, 119, 122, 134, 191, 196 f., 216, 222, 305, 483,
541
- Österreich 641
 - Schweiz 618, 624
- Gesamthandsprinzip 11, 116 ff., 228, 278, 439,
530, 531, 538, 557
- Gesamtvertretung 149, 238 ff., 468, 471, 540 ff.
- Österreich 636
- Geschäftsanteilübertragung 37, 89, 218, 388, 396,
401 ff., 461
- Österreich 643
- Geschäftsführung durch Dritte 42 ff., 236 ff., 341
- Gesellschafterbeschluss 159 ff., 297, 281, 344,
404 f., 547 ff.
- Österreich 639, 647
- Gesellschafterdarlehen 533
- Gesellschafterklage 119, 238, 271, 537 ff.
- Gesellschafterrechte 128, 180 f., 336, 344, 353,
402 ff.,
- Gesellschafterversammlung 154, 159 ff., 240, 251,
341 ff., 352, 358, 373 ff., 552
- Österreich 653
- Gesellschaftsgründung 31, 95, 462, 602
- Gesellschaftsregister 15 ff., 91, 132, 216, 232 f.,
308, 325, 395 ff., 456, 460, 486, 497 ff., 542,
559 f., 602
- Gesellschaftsvermögen 115 ff.
- Gesellschaftsvertrag 89 ff.
- Gewinnausschüttungsmodell 291, 526
- Österreich 637
- Gewinnverteilung 49, 63, 93 f., 377 ff.
- Globalisierung des Gesellschaftsrechts 575 ff.
- Grenzüberschreitende Umwandlung 503, 521,
576 ff.
- Grundlagengeschäft 8, 218, 235 ff., 342
- Österreich 635, 645, 655
- Haftung 285 ff.
- Handelsregister 501 ff., 601, 609
- Schweiz
- Innengesellschaft 195 ff.
- Insolvenz 563 ff.
- Internationales Gesellschaftsrecht 575 ff.
- Österreich 633 ff.
 - Schweiz 615 ff.
- Investorenrechte 368 f., 373, 377, 384, 391
- Joint Venture 581
- Kapitalanteil 168, 468, 637 ff.
- Geschichte 62
 - Österreich 655
- Kapitalerhaltung 155, 285, 392, 400
- Österreich 639, 655 ff.
- Kommanditgesellschaft 12, 21, 41, 118, 161, 235,
281, 286, 299, 377, 361, 376, 477, 488, 499, 501,
505, 598
- Geschichte 77, 79 f., 219 f.
 - Gesellschafterwechsel 219 f. 231 f.
 - Österreich 634, 651
 - Schweiz 616 ff., 628, 630 ff.
- Krypto-Gesellschaft 407 ff., 452
- Liquidation 16, 37, 105, 118, 126, 128, 135 ff.,
224 ff., 249, 262, 279, 292, 300 ff., 349 f., 359,
364, 369, 391, 395, 404 ff., 467, 516, 564 ff.
- Geschichte 79, 105
 - International 594, 597, 602 ff., 623
 - Österreich 633, 639, 647 f.,
- Mehrheitsprinzip 12, 51, 97, 155, 172, 335, 342,
421, 470
- Minderheitenschutz 11, 51, 53, 140, 145, 151 ff.,
176, 545
- Mitbestimmung 388, 394, 592, 604
- Mitarbeiterbeteiligung 387 ff.
- Mitunternehmerschaft 405, 526 ff., 563, 569 f.
- Miturheber 430 ff.
- Nachfolgeklausel 216 ff.
- Nachhaftung 14, 302, 326 f., 359, 655

- Nachschusspflicht 113, 295, 304, 306 f., 337, 353 f., 359
– Österreich 644
- Notarielle Beurkundung 213, 224, 338, 388, 396, 417, 461 f., 507 f., 522
– Österreich 649, 650, 653, 657
- Offenlegungspflichten 435, 456, 504, 518 ff.
– Österreich 655
- Ökonomische Analyse 19 ff.
- Organe der Gesellschaft 11, 13, 43, 118, 132, 141, 143, 237, 250 ff., 259, 274 ff., 290, 296, 343 ff., 467, 471, 581
– Schweiz 631
– Österreich 644 ff
- PartG 5 f., 9 ff., 14, 89, 96, 110 f., 117, 160, 215, 227, 231, 285, f., 287, 294 ff., 473 ff., 502, 505 ff., 516 f., 540 f., 544, 558, 602
- Post-MoPeG-Vertragspraxis 419 ff.
- Private Equity 363 ff.
- Prospekt 350 f., 354, 359, 374
- Publikumsgesellschaft 5, 9, 12, 17, 19, 21, 92 f., 104, 171, 187, 211, 256, 320, 333 ff., 624
- Quorum 167, 169, 172, 192, 257, 340 ff., 526
- Rechtsformwechsel 515, 595 f.
- Registerpublizität 307, 401, 497 ff., 519, 540 ff., 592, 612
- Satzungsstrenge 11, 17, 165, 281
- Scheingesellschaft 16, 133, 285, 303, 308 f.
- Selbstorganschaft 13, 21, 34, 38, 41 ff., 129, 145, 164 235 ff., 471, 484 f., 491, 530
– Österreich 635 f., 644 f., 654
– Schweiz 629
- Solidarhaftung 63, 67
– Österreich 643
- Sonderrechte 7, 129, 364, 373
- Start-up 3, 182, 251, 367, 387 ff., 461
– Österreich 648, 652
- Stimmkraftverteilung 167
- Stimmrechte 202, 390 f., 402 f., 413, 421
– Österreich 655
- Stimmrechtsausschluss 156, 167, 169 f., 193, 346
- Treuepflicht 12 f., 17 f., 51 ff., 139 ff., 257 f., 266, 269, 271, 274, 336, 345 ff., 415, 445 f, 449, 471, 514, 547, 553
- Unternehmensfortführung 230, 563
- Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt) 461
- Urherbergesellschaft 438 ff.
- Venture-Capital (VC) 363 ff.
- Veräußerung 89, 213, 241, 268, 301, 322, 329, 342, 369, 377, 382, 402, 406, 456, 528, 532 f., 558, 569 f.
- Verjährung 301 f., 320 f., 327, 352
- Verlustverteilung 32
- Vertraulichkeit 397, 523
- Vertretung 235 ff.
- Vinkulierung 369, 530, 569
- Wettbewerbsverbot 147 ff., 249, 270, 341, 450, 547, 644, 655
- Wissenschaftliche Gesellschaftsformen 102 f.
- Wohnungseigentümergeinschaft (WEG) 100, 108 f., 465 ff.
- Zurechnung 7, 15, 130 f., 296, 437, 467, 529
– Österreich 640 f., 645
– Schweiz 630 f.
- Zusammenschluss durch Kooperation 22, 24, 27 f., 30 ff., 39, 42, 197, 199 ff.
- Zustimmungsbedürftige Geschäfte 168, 211, 213, 321
- Zustimmungspflicht 141, 340, 422
- Zwangseinziehung 394
- Zwangsvollstreckung 82, 120, 179, 224, 288, 297, 440, 537 ff.